



Positionspapier der *FDP.Die Liberalen Cham*

«Wirtschaftsstandort Cham»

Cham, 10. September 2014

Der Schweiz und der Region Zug geht es gut und die Region verfügt über zahlreiche Standortvorteile. Doch diese sind nicht in Stein gemeisselt und es gibt Entwicklungen, welche sie gefährden können. Grund genug, damit Cham sich Gedanken über seine wirtschaftliche Positionierung in unsichereren Zeiten macht.

Dieses Positionspapier liefert eine Bestandsaufnahme und nennt erste Massnahmen zur Stärkung der Chamer Wirtschaft.

1. Ausgangslage und Ziel

Die Wirtschaftsregion Zug entwickelt sich dynamisch. Vielfältige Faktoren haben dazu geführt, dass der Kanton Zug in den letzten Jahren stetig an Wirtschaftskraft gewonnen hat und mittlerweile für die Schweiz zu einem wichtigen wirtschaftlichen Standbein geworden ist.

Mittelfristig stellt sich die Frage, ob diese Entwicklung so aufrecht erhalten werden und wie die Akzeptanz bei der Bevölkerung gewahrt bleiben kann. Zudem gibt es im Kanton Zug Gemeinden, welche mehr als andere zur Wirtschaftskraft beitragen. Der innerkantonale Zuger Finanzausgleich (ZFA) sorgt dafür, dass innerhalb des Kantons ein gewisser Ressourcenausgleich geschaffen wird. Wie jedoch auf nationaler Ebene mit dem Nationalen Finanzausgleich (NFA), regt sich auch beim ZFA ein gewisser Widerstand der Nettozahler, das System in der bestehenden Form aufrecht zu erhalten.

Cham ist nach den beiden Nettozahler-Gemeinden Zug und Baar die drittgrösste Gemeinde des Kantons und Bezüger von CHF 17.3 Mio. aus dem ZFA (Stand: 2014).

Betrachtet man internationale, nationale und kantonale Entwicklungen (vgl. Anhang „Herausforderungen“), stellt sich die Frage, wie lange die Gemeinde Cham noch mit Zahlungen in dieser Grössenordnung rechnen kann und was sie tun kann, um das Steuersubstrat auszuweiten, um damit auf einer breiteren finanziellen Basis zu stehen.

Die FDP.Die Liberalen Cham ist dieser Frage nachgegangen und hat im Rahmen einer parteiinternen Panel-Diskussion mit Experten verschiedener politischer Couleur aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung die konstruktive Diskussion dieses für Cham wichtigen Themas angestossen.

In diesem Papier machen wir eine erste Auslegeordnung der bestehenden und anstehenden Herausforderungen, welche Cham beeinflussen (werden).

Wir betrachten die aktuelle Situation von Cham als Wirtschaftsstandort und zeigen dann erste Massnahmen auf, welche ergriffen werden müssen, um Cham wirtschaftlich zu stärken. Wir legen den Fokus dabei bewusst auf die Wirtschaft respektive das Gewerbe, da Cham in den letzten Jahren und Jahrzehnten ein äusserst attraktiver Wohnort geworden ist und seine Trümpfe hierbei ausspielt. Die FDP.Die Liberalen ist aber der Meinung, dass die Gemeinde nun an einem Punkt angelangt ist, an welchem man die Aufmerksamkeit wieder stärker auf die juristischen Personen legen muss.

Das vorliegende Papier soll erste Ansatzpunkte für Massnahmen zur Stärkung von Cham als Wirtschaftsstandort aufzeigen.

Die FDP.Die Liberalen wird den „Wirtschaftsstandort Cham“ neben der Bildung, der Wahrung der guten Infrastruktur und dem gesunden Finanzhaushalt vorausschauend als Kernthema bearbeiten.

2. Massnahmen

Aufgrund der im Anhang geschilderten Entwicklungen ist es für die FDP zwingend, dass die Gemeinde nun im Bereich Wirtschaft Massnahmen ergreift, welche die gezielte und systematische Stärkung des Wirtschaftsstandortes Cham zum Ziel haben. Das Ziel kann und soll nicht sein, zu Standorten wie Zug oder Baar aufzuschliessen. Es muss aber möglich sein, den Standort Cham wirtschaftlich in einen grösseren Kontext zu stellen, mit gezielten Massnahmen zu stärken und somit auch das Steuersubstrat zu verbreitern. Ein starkes Cham ist im Interesse des ganzen Kantons.

Überspitzt gesagt kann man mit Architektur- und Langsamverkehrskonzepten per se nicht den Bau von Schulen finanzieren. Der Fokus muss also wieder stärker auf die Einnahmenseite der Erfolgsrechnung gelegt werden. Viele gemeindliche Massnahmen der vergangenen Jahre haben – implizit – darauf abgezielt, Cham als Wohnort für natürliche Personen attraktiv zu machen. Mit den oben genannten Herausforderungen am Horizont muss die Gemeinde sich nun überlegen, wie die Gemeinde auch für juristische Personen an Anziehungskraft gewinnen kann.

Im Folgenden seien erste Ansätze für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Cham aufgegriffen und formuliert.

2.1. Profilbildung

Die Gemeinde Cham muss sich ein **wirtschaftliches Profil** geben. Analog den verschiedenen Leitbildern (u.a. Hochhausleitbild, architektonisches Leitbild), welche in der Vergangenheit erarbeitet wurden, muss zusammen mit Experten evaluiert werden, wie ein solches Profil aussehen kann und soll. Dieses Profil muss sich im Erscheinungsbild der Gemeinde widerspiegeln.

2.2. Strategie

Die Gemeinde Cham muss eine auf den Kanton und die Region Ennetsee abgestimmte Wirtschaftsstrategie bekommen. Die wirtschaftliche Entwicklung darf nicht dem Zufall überlassen werden. Aus dieser Strategie muss herauskommen, welche Ziele sich Cham bezüglich seiner Funktion als Wirtschaftsstandort setzt, wie es gedenkt, diese Ziele umzusetzen und welche Mittel es dabei wann einsetzen will. Der Verein ZUGWEST soll hier bewusst als Partner mit ins Boot geholt werden.

2.3. Organisation

In der Wirtschaftsstrategie muss darauf eingegangen werden, mit welcher Organisation diese Strategie umgesetzt werden soll. **Gemeindliche Wirtschaftsförderung** kann nicht ein Nebenamt sein, welches in Abhängigkeit der Arbeitsbelastung von der Exekutive betrieben wird.

Die Gemeinde leistet sich ein „Quartierbüro“, um die – in der Regel mit zusätzlichen Kosten verbundenen – „Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung“ zu erfassen. Die FDP steht der Idee, eine Stelle zu schaffen, welche die Wirtschaft in Cham fördert und die Wirtschaftsstrategie umsetzt (sozusagen ein „**Wirtschaftsbüro**“), offen gegenüber. Die Bedürfnisse des Gewerbes, welche – sofern sie denn bedient werden – zu zusätzlichen Steuereinnahmen führen, sollen ebenfalls erfasst werden.

Keiner der fünf Gemeinderäte hat das Wort „Wirtschaft“ in der Bezeichnung des Departementes – das muss ändern. Die Wirtschaft muss im Gemeinderat eine prominentere Rolle bekommen. Cham muss im Gemeinderat einen „**Wirtschaftsminister**“ haben.

2.4. Netzwerke

Die Gemeinde Cham ist Teil verschiedener Netzwerke. Das ist gut so. Allen voran ist die Gemeinde Teil des Vereins ZUGWEST, welcher den Standort „Ennetsee“ fördert. Da eine Gemeinde sich nicht isoliert als Wirtschaftsstandort positionieren kann, müssen Überlegungen der Gebietsentwicklungen **über Gemeindegrenzen hinweg** geschehen.

Für die Ansiedlung und Pflege des Gewerbes wichtige Netzwerke (z.B. spezialisierte Anwälte und Treuhänder) müssen bewusst gefördert werden.

2.5. Verwaltung und Auftritt

Die Chamer Verwaltung muss sich stärker auf die Interessen des Gewerbes ausrichten. Der Zugang zur Verwaltung muss einfach sein.

Der **Internetauftritt** muss erneuert und aufgefrischt werden. Ansiedlungswillige Firmen müssen sich willkommen und in einer modernen, offenen Gemeinde wiederfinden.

Es muss **gemeindeübergreifend** überlegt werden, wie man dem Gewerbe das Leben vereinfachen kann. Die Tatsache, dass im Kanton Zug 11 verschiedene Bauordnungen existieren und – teilweise auch penibel – umgesetzt werden, ist für Aussenstehende, in grösseren Räumen denkende Leute nicht gerade einladend.

2.6. Pflege

Die meisten **Arbeitsplätze** werden vom **bestehenden Gewerbe** geschaffen. Das Gewerbe in Cham ist hochinnovativ und am Puls der Zeit. Die hervorragende Qualität der lokalen Handwerker ist ein wichtiger Standortfaktor. Diese Betriebe müssen in der Gemeinde gehalten werden. Dessen Bedürfnisse muss die Gemeinde periodisch abfragen und in die Arbeit und Prozesse der Verwaltung einfließen lassen (vgl. auch „Wirtschaftsbüro“ unter Punkt 3.3.).

2.7. Rahmenbedingungen

Das Vorhandensein von und die Zugänglichkeit zu Infrastruktur sind kritische Faktoren bei der Förderung des Gewerbes.

2.7.1. Gewerbeobjekte

Die Gemeinde muss über genügend passende Gewerbeobjekte verfügen. Dabei muss anerkannt werden, dass der **Dorfkern** von Cham **kein klassischer Industriestandort** mehr ist. Emissionsreiches Gewerbe muss in der **Peripherie** angesiedelt werden. Nicht zuletzt auch aufgrund der tieferen Bodenpreise, von welchen diese Firmen profitieren können.

2.7.2. Öffentlicher Verkehr

Die Gewerbeobjekte müssen mit dem privaten und vor allem öffentlichen Verkehr **gut erschlossen** sein. Bei der Planung von Wirtschaftszonen ist auf die sehr gute und hoch frequentierte Anbindung an den öffentlichen Verkehr zu achten. Gewerbezone für den Dienstleistungssektor müssen in relativer Nähe zu S-Bahnhöfen sein. Cham liegt verkehrstechnisch an der Achse Zürich-Zug-Luzern gelegen. Dies eine hervorragende Ausgangslage. Aber die Anbindung an die Achse Zürich-Luzern muss verbessert werden. **Interregio-Züge** sollten in den Hauptverkehrszeiten am Morgen und am Abend mindestens einmal pro Stunde auch in Cham halten. Das sich in der Schweiz im Vormarsch befindende Denken in Verkehrszonen ist kompliziert und für die Bürger respektive die Reisenden intransparent.

2.7.3. Individualverkehr

Die Gemeinde Cham tut zurzeit sehr viel für den sogenannten „Langsamverkehr“. Ein entsprechendes Konzept ist in Erarbeitung. Man darf aber den motorisierten Individualverkehr in Cham nicht vernachlässigen oder marginalisieren. Die Schweiz wird – auch aufgrund der Topographie – nicht ein Land von Velofahrern. Der **motorisierte Individualverkehr** muss und darf seinen Platz haben.

2.7.4. Steuern

Die Steuerbelastung in der Gemeinde ist auf einem guten Niveau. Um die Attraktivität für Firmen zu erhöhen, kann sie in Cham aber durchaus noch etwas sinken. Eine vorausschauende, nachhaltige Finanzplanung muss dafür sorgen, dass die Steuersätze stabil bleiben und auch für die Firmen **Planungssicherheit** herrschen kann. In Zukunft muss das Notwendige (z.B. Instandhaltung der Schulgebäude) vor dem Wünschbaren (z.B. Kauf des „Technikums“ durch die Gemeinde) Vorrang haben.

2.7.5. Bildung

Cham verfügt über gute Schulen. Mit der Ansiedlung der Kantonsschule Ennetsee in Cham steigt die Attraktivität als Wohnort. Da es wünschenswert ist, die Pendlerströme innerhalb des Kantons zu drosseln, sind gute und nahe Schulen sicherlich auch ein Anziehungspunkt für Firmen und deren Belegschaft, welche im Zweifelsfall kürzere längeren Pendlerwegen vorzieht.

Generell ist das Vorhandensein von Schulen für Dienstleistungsgesellschaften, wie die Region Zug es immer mehr wird, wichtig. Firmen müssen auf gut qualifizierte Fachkräfte zurückgreifen können.

2.7.6. Einkaufsmöglichkeiten

Will die Gemeinde Arbeitsplätze anziehen, müssen in relativer Nähe zu den Arbeitsplätzen auch Einkaufsmöglichkeiten bestehen. Hier müssen bei der Planung potentielle Anbieter (Detailhändler, Bäckereien, Metzgereien, Kleiderreinigungen etc.) mit ins Boot geholt werden.

2.8. „Out of the box“

Nachdem die Gemeinde nun Leitbilder für Dinge erarbeitet hat oder am erarbeiten ist, welche primär finanziert werden müssen – sprich: Geld kosten – ist es an der Zeit, dass man sich überlegt, wie die Gemeinde sich wirtschaftlich entwickeln soll. Dabei soll in grossen Zeiträumen gedacht werden.

Der FDP schwebt ein **Gremium** vor, welche „out of the box“, also jenseits der gängigen Denkmuster, Ideen für die wirtschaftliche Entwicklung von Cham entwickelt und öffentlich thematisiert. Dieses Gremium soll bewusst auch unkonventionelle und visionäre Ideen aufbringen.

3. Nächste Schritte

Die FDP Cham erwartet, dass dieses Positionspapier als Anstoss für Diskussionen in der Gemeinde dienen und in der nächsten Legislaturperiode zu konkreten Vorstössen der Partei führen wird.

Dieses Positionspapier ist eine erste Bestandesaufnahme und wird durch die FDP Cham weiter bearbeitet.

Dialog – Gut für Cham

„Der Wert eines Dialogs hängt vor allem von der Vielfalt der konkurrierenden Meinungen ab.“

Karl Raimund Popper (1902-94), britischer Philosoph österreichischer Herkunft.

Die FDP.Die Liberalen Cham freut sich auf den Dialog und die Entwicklung von Ideen zum „Wirtschaftsstandort Cham“.

Kontakt bei Fragen zu diesem Papier:

Arno Grüter, Präsident FDP.Die Liberalen Cham, +41 79 400 93 85, arno@arnogrueter.net

FDP.Die Liberalen Cham, Postfach 229, 6330 Cham
T +41 (0)79 400 93 85, F +41 (0)41 725 14 61, info@fdp-cham.ch, www.fdp-cham.ch

Anhang

4. Herausforderungen

Die Globalisierung hat in den letzten beiden Jahrzehnten dazu geführt, dass sich die Schweiz und mit ihr die Kantone und Gemeinden immer rascher auf neue Einflussfaktoren einstellen muss. Der Schweiz geht es zwar wirtschaftlich relativ – also im Vergleich mit anderen, vergleichbaren Ländern – relativ gut. Aber sie ist keine „Insel der Glückseligen“ und zunehmend politischem und wirtschaftlichem Druck aus dem Ausland ausgesetzt. Wichtige Inputfaktoren für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz und von Zug im Besonderen sind die Verfügbarkeit von Kapital und hochqualifizierten Arbeitskräften. Beide Faktoren sind jedoch hochmobil. Ändern sich die Rahmenbedingungen jedoch in die falsche Richtung, ziehen beiden Faktoren relativ schnell an für sie passendere Orte.

4.1. Internationale Entwicklungen

Die globale Finanzkrise von 2007/2008 hat dazu geführt, dass sich die Verschuldungssituation zahlreicher Staaten noch akzentuiert hat. Die im Wesentlichen mit einer massiven Ausweitung des Kreditvolumens finanzierte globale Expansion der Wirtschaft hat sich auch auf die Staaten ausgewirkt. Im Zuge der wirtschaftlichen Expansion haben nationale Parlamente den kontinuierlichen **Ausbau des Sozialstaates** in einem noch nie dagewesenem Tempo vorangetrieben. Die gute Wirtschaftslage und damit einhergehendes Wachstum des Steueraufkommen haben dies möglich und kritische Stimmen mundtot gemacht.

Nach dem Platzen der Kreditblase ist die Weltwirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt und die Steuererträge sind weggebrochen. Die selber verschuldeten (Ausbau des Sozialstaates) und unverschuldeten Verpflichtungen (**demographische Entwicklung**) hingegen steigen stetig weiter. Es zeichnet sich ab, dass gewisse Länder den Hebel bei den Ausgaben des Staates ansetzen und mehr oder weniger erfolgreich versuchen, diese zu kürzen – oder wenigstens das Wachstum der Staatsquote zu drosseln. Zahlreiche Staaten treiben jedoch die **Schuldenwirtschaft** munter weiter.

Diese Schuldenwirtschaft muss jedoch finanziert werden. Und dabei greifen die stark verschuldeten Staaten zu mehr oder weniger subtilen Massnahmen:

- › Steuer-„Schlupflöcher“ stopfen. Sämtliche Möglichkeiten für natürliche und juristische Personen, die Steuerbelastung zu senken, werden sukzessive abgeschafft.
- › Abschaffung des Steuerwettbewerbs. Damit einhergehend bieten Organisationen wie z.B. die OECD Hand, die Steuern international faktisch zu harmonisieren. Der dämpfend wirkende Steuerwettbewerb zwischen Standorten wird damit beseitigt.
- › Enteignungen. Das Beispiel von Zypern hat gezeigt: Staaten greifen schonungslos zur Massnahme der Enteignung von Bankkunden, um das Staatswesen zu finanzieren.
- › Anlagevorschriften für Pensionskassen. In gewissen Ländern wird Pensionskassen vorgeschrieben, dass sie eine gewisse Quote an Staatsanleihen des eigenen Landes halten müssen. Damit finanzieren sich die Schuldenstaaten auf dem Buckel der Pensionskassen und insbesondere der zukünftigen Generation, da diese Staatsanleihen einen sehr tiefen Zins bezahlen und ohne staatlichen Zwang sonst wohl kaum von jemandem gekauft würden.
- › Inflationierung. Ein eleganter Weg, Schulden zu tilgen, ist die Inflation. Man stelle sich vor: Zentralbanken wurden ursprünglich kreiert, um die Währungen von Ländern stabil zu und die Inflation in Zaum zu halten. Nun versuchen genau diese Notenbanken, Inflation zu schaffen, um einerseits die nominalen Schulden zu senken und andererseits, um Deflation zu verhindern.
- › Bildung von Kartellen. Die Zusammenschlüsse von Staaten in Organisationen, Vereinigungen etc. sind in Tat und Wahrheit nichts anderes als die Bildung von Kartellen zur Stärkung der eigenen, schwachen und oft hoffnungslosen Position zuungunsten von erfolgreichen Staaten. Ein Beispiel ist die OECD, welche in den letzten Jahren auf eine Ausschaltung des Steuerwettbewerbs und der Schaffung des „Gläsernen Bürgers“ hin arbeitet. Es sind dabei nicht die erfolgreichen Länder, wie die

Schweiz, welche als gutes Beispiel dienen, sondern die erfolglosen Länder, welche versuchen, ihre Rezepte den anderen aufzudrücken. Leider wehrt sich die Schweiz hier zu wenig, weil sie eine isolierte Stellung befürchtet.

Die unmittelbar grösste Gefahr für die Schweiz geht von der Bestrebung der EU, gewisse kantonale Steuerregimes nicht zu akzeptieren, aus. Das Stichwort ist hier die Unternehmenssteuer-Reform III (USTR III). Die Auswirkungen auf die Schweiz generell und auf den Kanton Zug im Speziellen werden wohl noch unterschätzt.

4.2. Nationale Entwicklungen

In der Schweiz kann zwischen Entwicklungen unterschieden werden, welche von aussen auf uns einwirken und solchen, welche sozusagen „hausgemacht“ sind.

4.2.1. Entwicklungen von aussen

Wie oben bereits erwähnt, ist der Druck von aussen auf das Schweizer Steuersystem grösser denn je. Es ist zu bezweifeln, dass die Schweiz hier ihre gute Position ohne negative Effekte behalten kann. Es ist wichtig, dass die Schweiz hier mit einer Stimme spricht und der innerschweizerische Steuerwettbewerb erhalten bleibt.

4.2.2. „Hausgemachte“ Entwicklungen

Die sogenannten „hausgemachten Entwicklungen“ sind ohne sichtbare Einwirkungen vom Ausland entstanden. Im Folgenden einige Beispiele:

- › Ausbau des Sozialstaates. In den letzten 30 Jahren ist auch in der Schweiz der Sozialstaat sowie das Staatswesen generell immer weiter ausgebaut worden. Die Staatsquote – als der Anteil an staatlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt – ist stetig gestiegen. Die Ausgaben des Bundes für Sozialausgaben sind ebenfalls stetig gestiegen. Die Verpflichtungen des Bundes sind deshalb immer grösser geworden. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass die massgeblich durch das Zutun von bürgerlichen Parteien möglich wurde.
- › Schwächung der Wirtschaft durch emotional beeinflusste Gesetzgebung („Legifizierung“). In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Initiativen zu Abstimmung gebracht und teilweise sogar angenommen worden, welche die Schweiz als Wirtschaftsstandort schwächen. Dabei haben die Initianten geschickt und bewusst an die Emotionen der Bevölkerung appelliert. Beispiele sind die Annahme der sogenannten „Minder-Initiative“ (deren negativen Effekte respektive deren Effektivität bereits sichtbar sind) sowie die Initiative der SVP gegen die „Masseneinwanderung“.
- › Fehlgeleitete Eingriffe ins Bildungssystem. Negative Effekte von staatlichen Lenkungeingriffen ins Bildungssystem spürt die Wirtschaft unmittelbar. So werden aufgrund des Numerus Clausus in der Schweiz zu wenige Ärzte ausgebildet. Der suboptimal ausgestaltete Kostentarif „Tarmed“ hat im Übrigen massgeblich dazu beigetragen, dass wir bald einen Mangel an Hausärzten haben. Die gelenkte Wendung des Bildungssystems hin zu den Sprachen und den „Künsten“ hat dazu geführt, dass in der Schweiz zig tausend Ingenieure fehlen. Die Naturwissenschaften sind schlichtweg vernachlässigt worden. Beide Fehlleitungen haben den Effekt, dass die Schweizer Wirtschaft pro Jahr tausende Stellen mit Bewerbern aus dem Ausland besetzen muss, weil das Angebot an Ärzten und Ingenieuren in der Schweiz schlichtweg zu klein ist.
- › Verkomplizierung statt Vereinfachung des Steuersystems. Nur schon die komplexe Ausgestaltung der Schweizer Mehrwertsteuer kostet die Wirtschaft pro Jahr Milliarden von Franken. Eine generelle Vereinfachung des Steuersystems wird von unzähligen Lobbys – welche im Übrigen Minderheiten vertreten – erfolgreich bekämpft.
- › Schwächung des Föderalismus. Der Bund reisst immer mehr Kompetenzen an sich. Damit wird die Kantonsautonomie und damit das föderalistische System geschwächt. Damit wird immer mehr

„Wettbewerb zwischen den Systemen“ – was der Föderalismus ja auch ist – geschwächt. Weniger Wettbewerb bedeutet ineffizientere Strukturen.

- › Der Nationale Finanzausgleich (NFA) hat starke Mängel. Der 2008 eingeführte NFA hat nicht die gewünschten Effekte. Strukturschwache Kantone werden nicht stärker und strukturstarke Kantone – wie der Kanton Zug – werden mit immer höheren Zahlungen geschwächt. Die Stimmung unter den Kantonen hat sich abgekühlt und es sieht nicht danach aus, als ob die sich in der Überzahl befindenden „Nehmerkantone“ zu Zugeständnissen bereit wären.

4.3. Kantonale Entwicklungen

Der Kanton Zug befindet sich zurzeit noch im Zustand der „relativen Ruhe“. Die oben beschriebenen Entwicklungen führen aber bereits dazu, dass der Kanton Zug beispielsweise immer grössere Zahlungen in den NFA zu tätigen hat. Dazu darf er nicht mehr bereit sein. Bereits regt sich innerhalb des Kantons auch Widerstand, den Zuger Finanzausgleich (ZFA) in dieser Form aufrecht zu erhalten. Konkret sind in der Stadt erste kritische Stimmen zu vernehmen. Will der Kanton Zug aber seine gute Position behalten, ist es von grösster Wichtigkeit, dass er im Innern geeint ist und gegen aussen auch so auftritt. Es muss verhindert werden, dass innerkantonal Ressentiments entstehen, welche dem zuwiderlaufen.

4.4. Gemeindliche Entwicklungen in Cham

Damit der Kanton geeint auftreten kann, muss sich Cham frühzeitig überlegen, welche Stellung es im Kanton einnehmen will und kann. Die Gemeinde sieht sich in den nächsten Jahren mit kostspieligen Investitionen konfrontiert. Da in den vergangenen Jahren Möglichkeiten, ein finanzielles Polster zu schaffen, vergeben wurden, wird sich die finanzielle Situation der Gemeinde nicht verbessern. Der Überschuss aus dem Jahre 2012 wurde beispielsweise mit dem Kauf des Technikums mehr oder weniger vollumfänglich gebunden.